

**DEPARTEMENT
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

Vorsteher

6. September 2025

**Eröffnung Zentrum für Sicherheits- und Geopolitik, 6. September 2025, Zofingen
Grusswort von Landammann Dieter Egli**

((Es gilt das gesprochene Wort))

Sehr geehrte Gäste

Ich danke herzlich für die Einladung zur Eröffnung und überbringe dem neuen Zentrum für Sicherheits- und Geopolitik die besten Grüsse des Aargauer Regierungsrats.

Aus den Worten meiner Vorrednerin und meines Vorredners wird deutlich, wie gross die Umwälzungen sind, in denen wir stehen. Es geht dabei um unsere Wehrfähigkeit – und darum, dass wir für diese eben selber, im nationalen Rahmen verantwortlich sind.

Ich möchte dazu aus meiner Sicht auch nochmal betonen: Ja, unsere Verteidigung selber bewerkstelligen. Das schaffen wir aber ausschliesslich im europäischen Verbund. Diese Diskussion müssen wir wirklich auch führen. Und wenn ich sehe, wie isolationistische Tendenzen gerade jetzt wieder Urständ feiern, dann könnte das noch das grössere Hindernis werden als die fehlende Grundbereitschaft zur Verteidigung und ihrer Finanzierung.

Finanzierung ist das Stichwort für einen weiteren Punkt, den ich hier – als eines der wenigen hier anwesenden aktiven Exekutivmitglieder – einbringen möchte: Wir sind uns einig, dass Handlungsbedarf besteht. Und wir sind uns einig, dass dafür auch mehr Mittel eingesetzt werden müssen. Das läuft aber immer auf eine Priorisierung heraus. Zumindest dann, wenn man nicht bereit ist, die Mittel der öffentlichen Hand mit mehr Steuereinnahmen zu alimentieren – und danach sieht es, zumindest aus meiner Erfahrung in diesem Kanton, nicht aus.

Freilich geht es bei der Priorisierung immer um subjektive Wahrnehmung: Die Verteidigung ist nicht das einzige Anliegen, das heute als existenziell wahrgenommen wird. Dass viele unserer Jugendlichen nach der obligatorischen Schulzeit nicht Deutsch können, mag weniger existenziell erscheinen als die Verteidigungsfähigkeit. Als Vater von Schulkindern, die deswegen keine angemessene Berufslaufbahn einschlagen können, liegt einem dieses Problem aber vielleicht doch näher als eine zwar konkrete, aber doch als einige Jahre entfernt wahrgenommene Kriegsgefahr. Das ist ein Beispiel für vieles: Die Gesundheitsversorgung, der Klimawandel und die Altersvorsorge standen bei der letzten Umfrage im Schweizer Sorgenbarometer immer noch vor Sicherheitsfragen.

Zudem stellen sich gewisse Kosten auch als unverzichtbar dar, wenn man die langfristigen Folgen bedenkt, wenn sie nicht getätigt werden: Mit einer Kürzung des Sozialstaats – wie sie gerade in Deutschland diskutiert wird – riskieren wir mittelfristig unsere soziale Stabilität – was zu erhöhter Polarisierung und der Gefährdung der inneren Sicherheit führen kann.

Was ich mit dieser – zugegebenermassen vielleicht etwas verkürzten – Darstellung zeigen will: In der Politik geht es immer um die Frage der Verteilung – wer bekommt die Mittel, wer trägt das Risiko? Die Finanzfrage wird jedenfalls nur zu einem Teil in der öffentlichen Diskussion oder im Parlament ausgefochten, sie findet vor allem vorher statt, beim Erstellen des Budgets in der Regierung. Das

möchte ich als Hinweis deponieren an alle, die den Bundesrat kritisieren werden, der die Idealvorstellung bezüglich Verteidigung natürlich nicht erfüllen können.

Einen zweiten Gedanken aus der Sicht des kantonalen Sicherheitsdirektors möchte ich Ihnen noch mitgeben. Und zwar, welchen Einfluss geopolitische Entwicklungen und Krisen direkt auf unsere Arbeit für die innere Sicherheit, die Polizei-Arbeit im Aargau haben. Einerseits erleben wir immer wieder, dass mit der Migrationsbewegung Konflikte von ausserhalb in unser Land getragen und hier teilweise auch gewaltsam ausgefochten werden. Eritrea ist ein solches Beispiel, oder auch der Konflikt zwischen Türken und Kurden. Andererseits bringt die Digitalisierung mit sich, dass, wenn immer irgendwo auf der Welt etwas passiert, es einen Tag später auch bei uns im Aargau ein Thema ist – und emotional wahrgenommen wird. Die Folge sind Demonstrationen, gewaltsame Auseinandersetzungen bis hin zu Radikalisierung einzelner und der damit zusammenhängenden Terrorgefahr.

Zudem wissen wir inzwischen ja auch, dass solche Krisen gezielt kommunikativ zu Propagandazwecken genutzt werden, indem man auf beiden politischen Seiten des Konflikts via soziale Medien zusätzlich Öl ins Feuer giesst. So wird dann auch der tragische Todesfall eines Jugendlichen in Lausanne aufgebauscht zur nationalen Krise unserer Polizei, die wir gar nicht haben. Die Aufmerksamkeitsströme werden so gelenkt, dass wir maximal emotionalisiert werden und uns polarisieren.

Diese Verschärfung und Beförderung von Konflikten durch globale News und sozialen Medien kommt zusätzlich zu denen, die wir schon vor der Digitalisierung hatten, die aber nicht weniger geworden sind, Stichwort organisierte Kriminalität. Gerade der Aargau mit seiner dezentralen Struktur eignet sich bestens, um unauffällig illegale Geschäfte zu organisieren. Seine Lage und Anbindung machen ihn als Logistikkdrehscheibe attraktiv – auch für kriminelle Aktivitäten. Drogenhandel, Geldwäscherei, Menschenhandel, mafiöse Clan-Strukturen – sie alle funktionieren – ganz banal – streng nach ökonomischen Regeln und sind bestens international organisiert.

Der organisierten Kriminalität muss man aktiv nachgehen. Denn Betroffene machen keine Anzeige, die Täter nicht und die Opfer auch nicht. Wenn wir nicht aktiv sind, dann gibt es keine Fälle, dann bleibt es vorerst ruhig. Dann werden wir aber in einigen Jahren am Punkt sein, an dem andere Länder sind, mit polizeilichen No-Go-Areas in Quartieren, die von Clans beherrscht sind – oder mit mehr Waffengewalt im öffentlichen Raum.

Und ein letzter Punkt: Die Grenzenlosigkeit der organisierten Kriminalität ist auch eine Prüfung für unser föderalistisches System: Für die Bekämpfung brauchen wir einen besseren Datenaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Kantone und des Bundes. Daran arbeiten wir intensiv in der KKJPD. Es braucht aber auch dringend mehr Mittel und mehr Personal – auch zur Verteidigung. Wenn wir nicht wollen, dass diese Problematik der inneren Sicherheit auch zu einer der äusseren Sicherheit werden soll – denn die Gegenseite rüstet auf, durchaus auch mit militärischen Mitteln..

Es geht auch in der inneren Sicherheit um Verteidigung, Wir müssen das Thema Sicherheit ganzheitlich betrachten. Und so habe ich dann auch mit "Priorisierung" vorher nicht nur den finanziellen Aspekt gemeint, sondern mehr: Politische Gefahren, Begehrlichkeiten und Erwartungen, die es abzuwägen gilt – und die uns dazu aber überhaupt erst bewusst sein müssen.

Wenn das Zentrum für Sicherheits- und Geopolitik dazu einen Beitrag leisten kann, dann ist das sehr willkommen. In diesem Sinn wünsche ich einen guten Start. Vielen Dank!